



Mieter vom Sandweg!
Für Sie speziell auf Seite 4+5:
Doku-Soap: **„Duell im Sandweg“**

Eimsbüttler **Rot**

April 2010

Zeitung der DKP Hamburg-West

www.dkp-hamburg.de

„Vor allem werden wir die Familien als Fundament unserer Gesellschaft stärken.“
(aus dem Regierungsprogramm von Schwarz-Gelb)

Schwarz-Grün provoziert Familien

Kinder zahlen für das Versagen des Senats

Das Milliarden-Fiasko der HSH-Nordbank und die Preistreiberei bei der Elbphilharmonie werden per Kredit bezahlt. Zinsen und Abtrag dieser Schulden erdrücken den Hamburger Haushalt. Bis 2013 soll darum ein Spar-

programm des Senats 1,15 Milliarden Euro einbringen. Eltern sollen einen Sonder-Beitrag für das Senatsversagen tragen.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt:

Schwarz-Grün
provoziert Eltern . . .Seite 2

Lebensplanung
Einige sind mehr wert
.....Seite 3

Duell im Sandweg . .Seite 4

Airbag für Zocker . .Seite 6

40 Jahre DDR.Seite 7

AfghanistanSeite 8

TermineSeite 8

ImpressumSeite 7



Fortsetzung von Seite 1

Kinder zahlen.....

Durch Erhöhung der Kita-Gebühren sollen jährlich 30 Millionen Euro in den Hamburger Haushalt fließen. Auch die Gelder, die für die angekündigte Ausweitung des Kita-Angebots notwendig wären (Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem zweiten Lebensjahr), streicht der Senat. Der Rechtsanspruch wird einfach auf das Jahr 2013 (nach der nächsten Bürgerschaftswahl) verschoben.

Dabei hatte sich der schwarz-grüne Senat die Verbesserung der Kita-Betreuung auf die Fahnen seines Koalitionsvertrages geschrieben! Einmal mehr endet Kinderfreundlichkeit genau da, wo nicht Sonntagsreden sondern Standhaftigkeit gefordert ist.

Und das Fehlen von Rückgrat ist in diesem Fall besonders fatal: Die intensive Frühförderung ist unbestritten der entscheidende Faktor für die Entwicklung von Kindern. Besonders für die, die dringend einer Sprachförderung bedürfen. Ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse fehlen wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Die Folgen sind spätere soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit.

Dieses Vorgehen des Senats nährt unser Misstrauen auch an anderer Stelle. Der Erfolg der geplanten Schulreform steht und fällt mit ihrer Finanzierung. Ohne entsprechende Finanzierung bleibt die Zweiklassenschule auch in der Zukunft bestehen. Die Gymnasien werden dann von den betuchten Eltern mitfinanziert, um ihrem Nachwuchs die besten Zukunftsaussichten zu sichern.



Skandal erster Güte:

Innensenator läßt sich seine Villa für 1 Million Euro sichern.

200 000 Euro fallen für die Zweitwohnung in Tübingen an.

Senator Ahlhaus ist nicht der Einzige, dem jede Bodenhaftung abhanden gekommen ist.

- Der Hamburger Senat hat jahrelang aus den Spekulationsgeschäften der Hamburg-Schleswig-Holsteinischen Landesbank Teile seines Haushaltes finanziert. Aus Geldgier ist die HSH in die Katastrophe getrieben worden. Um die Pleite zu vermeiden wurde die Geschäftslage für die Öffentlichkeit schön geredet. So konnte eine Kapitalerhöhung von 3 Milliarden Euro plus 10 Milliarden Bürgschaftsgarantien durchgesetzt werden. Das reichte jedoch nicht. Weitere Löcher über mehrere Hundert Millionen Euro haben sich aufgetan. Trotzdem zahlt die Bank Bonifikationen an ihre Manager. Ein Ende der Verluste ist nicht absehbar.
- Die Elbphilharmonie soll als Jahrhundertbau das neue Wahrzeichen Hamburgs werden. Bis jetzt hat Hamburg dafür weit über 300 Millionen Euro ausgegeben statt der anfangs geplanten 77 Millionen. Weitere Nachforderungen des Baukonzerns Hochtief sind bereits angekündigt.
- Von 255 Millionen auf derzeit 323 Millionen sind die Baukosten der U4 gestiegen. Für 2 Stationen vom Jungfernstieg über Überseequartier zur Hafencity-Universität - insgesamt 2800 Meter wurde die denkbar teuerste Verkehrsanbindung überhaupt gewählt.

Verursacht durch die Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene und die durch hemmungslose Spekulation a la HSH ausgelöste Weltwirtschaftskrise muss Hamburg außerdem bis 2013 mit Steuer-Mindereinnahmen von sechs Milliarden Euro rechnen.

Aber auch diese Riesensumme ist unvollständig. Sie berücksichtigt nicht die sozialen Folgekosten der Krise durch Armut und Arbeitslosigkeit.



Merkelsche Familienpolitik: Teil II und III.

Lebensplanung, schwer gemacht.

Schon Rot-Grün hat in großem Umfang befristete Arbeitsverhältnisse mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ermöglicht. Die Anforderungen an die Zulässigkeit wurden immer weiter zurückgeschraubt. Schutzlos, ohne Kündigungsschutz, billig, das sind sie die idealen Beschäftigten für die Arbeitgeber. Wenn die Aufträge schwanken oder eine Firma von der Krise getroffen wird, können die Zeitarbeiter ohne Aufsehen entlassen werden. Jetzt in der Krise stellen die Zeitarbeiter die Mehrzahl bei den Neueinstellungen.

Schwarz-Gelb geht das noch nicht weit genug. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will im Mai einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Befristung von Arbeitsverträgen weiter erleichtert.

Ohne soziale Sicherheit, für wenig Geld, verdammt zur Flexibilität, heute hier und morgen dort – wie ist das mit Kindern zu vereinbaren? Nur sehr schwer! Kein Wunder, dass es in unserem Land schwer ist, sich für Kinder zu entscheiden.

Kinder – einige sind ihnen mehr wert.

Den rot-grün-schwarz-gelben Regierungen sind nicht alle Kinder gleich teuer:

Der Kinderfreibetrag führt bei höheren Einkommen zu einem Mehr an staatlicher Unterstützung. Für ALGII-Empfänger aber wird das Kindergeld verrechnet, so dass die aktuelle Kindergelderhöhung ihnen keinen Cent mehr gebracht hat.

Die Große Koalition hat das Elterngeld eingeführt, das nach der Geburt maximal bis 14 Monate gezahlt wird. Die Höhe des Elterngeldes wird durch das Einkommen des Elternteils festgelegt, der sich der Kinderbetreuung widmen will. Wer kein Einkommen hat, erhält einen Mindestbetrag.

Erklärtes Ziel des Gesetzes ist es, dass die „richtigen“ Eltern Kinder bekommen. Es solle mit dem Elterngeld unter anderem die Kinderzahl von Akademikern und Akademikerinnen erhöht werden.

40 Jahre 
DKP

Wohnen in Eimsbüttel

Duell am Sandweg

Christo gegen SAGA

Die SAGA hat sich und ihre Mieter im Sandweg Hals über Kopf in das Abenteuer einer Modernisierung gestürzt.

Im Oktober 2009 wurde der Ersatz der Bleileitungen, Rückführung des Gasanschlusses und eine zentrale Warmwasserversorgung für die

hung für das Badezimmer waren selbstverständlich auch die neuen Armaturen und ein freihängendes Klosett eingeschlossen. Gegen einen weiteren geringen monatlichen Aufpreis konnte diese Palette raffiniertester Technik auch noch um einen heizbaren Handtuchhalter getoppt werden.

Den Startschuss für diese „Operation am offenen Herzen der Mieter“ legte die SAGA mit sicherem Gespür in die Adventswochen, um ihren Mietern die Zeit zu geben, sich auf DIESE Bescherung einzustellen, da Vorfreude, wie wir von unseren Kindern wissen, bekanntlich die ungetrübteste aller Freuden ist. Ein Container am Straßenrand mit Direktanschluss an das Siel sollte für diese Zeit die heimische Toilette und Dusche ersetzen. Verständlicherweise fühlten sich die Mieter der Häuser mit den Maiso-



nächsten Monate angekündigt. Wem als Mieter die Mieterhöhung von 14 Euro für diese „modernisierte Instandhaltung“ nicht reichte, konnte zusätzlich noch gegen eine weitere Mieterhöhung von 24 Euro monatlich sich das Badezimmer tapezieren lassen. In dieser Mieterhö-

nete-Wohnungen im Sandweg über die Aussicht auf so viel Luxus benachteiligt und begehrten auf.

Als erzieherische Maßnahme wurden darauf im November ihre Häuser wie der Reichstag eingehüllt und die Mieter in Beugehaft genommen.

Erst wenn die Mieter Einsicht zeigen, wird von der SAGA überlegt, die Dunkelhaft wieder schrittweise aufzuheben. Jetzt haben wir Mitte April und die Enthüllung hat eben begonnen. Amnesty International überlegt, sich jetzt der Mieter anzunehmen. Verhüllungskünstler Christo will eine einstweilige Verfügung gegen den Eintrag der SAGA ins Guinness-Buch der Rekorde erwirken, schließlich hat er das Copyright auf solche Verhüllungen.

Durch die anhaltenden frostigen Temperaturen zum Jahreswechsel musste die bei den Mietern so beliebte Lösung mit dem Dixi-Klo am Straßenrand (endlich kam man beim Gang zum Klo seinem Nachbarn wieder näher. Es wurden Freundschaften fürs Leben geschlossen, Toilettenpapier-Sorten ausgetauscht, sogar von einigen Verlobungen ist die Rede) leider nach anfänglichen großen Erfolgen wieder eingestellt werden.

Man verteilte die betroffenen Mieter nun auf Ersatzwohnungen, Pensionen und Altersheime, die mit Bus und Bahn des HVV erreichbar waren.

Mit zum Überlebens-Paket der ausquartierten Mieter gehörte ein zweiflammiger Camping-Kocher, auf dem man problemlos Fertiggerichte und Tütensuppen erwärmen konnte. In den eigenen SAGA-Ersatzwohnungen warteten auf einige Mieter Betten mit beinharten Lattenrosten und zweifingerdicken Matratzen, die ihnen das Gefühl, einen Abenteuer-Urlaub zu erleben, bestens vermittelten.

Die Wohnungen wurden nach Strängen modernisiert und sollten nach je 10 Arbeitstagen, also, immer an einem Freitag, den Mietern wieder zum Einzug zur Verfügung stehen. Natürlich verzichtete die SAGA auf eine sonst übliche Bauabnahme der fertig gestellten Wohnungen. Der Mieter durfte selber reklamieren und sich bei der Bauleitung am Container melden. Die zuständigen AnsprechpartnerInnen der SAGA waren an diesen Freitagen überhaupt nicht erreichbar. Die Bauleitung selber und die Handwerker suchten wohlweislich schon gegen Freitagmittag das Weite. Wenn der Mieter Pech hatte, erschien noch die versprochene Reinigungskraft mit einem halb gefüllten Eimer Wasser, mit dem sie das Treppenhaus schon „gereinigt“ hatte und verwischte den Dreck der Handwerker nun gleichmäßig über die modernisierten Räume.

Kaum hatten sich die Mieter halbwegs von der Modernisierung erholt, ließ die SAGA nun die Häuser auch noch bis Ende April für Arbeiten am Dach einrüsten, um die Mieter langsam von dem gemeinsamen Abenteuer-Urlaub zu entwöhnen.

Und sicher wird man in einer der nächsten Ausgaben der SAGA-Mieterzeitung „Wir gemeinsam“ einen Bericht über die geglückte Modernisierung im Sandweg finden. Mit dem Foto eines strahlenden Ehepaares vor ihrem heizbaren Handtuchhalter.

WIRTSCHAFTSKRISE APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG

EU: Deutschland soll Sozialleistungen erhöhen

Kommissar bringt im Abendblatt ein Sozialpaket ins Gespräch: „Das ist günstig für die Konjunktur.“



Im Abendblatt-Interview: EU-Sozialkommissar Vladimir Špidla.

FOTO

32 000 Hamburger bekommen Dumpinglohn

HAMBURG – Mehr als 32 000 Erwerbstätige in Hamburg sind auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Die sogenannten Aufstocker arbeiten häufig als Friseurinnen, in der Altenpflege, in Callcentern oder im Sicherheitsdienst zu Stundenlöhnen von 5,50 Euro oder weniger.

S. 22

Statt Bankenregulierung

Airbag für Zocker.

Erinnern Sie sich noch, mit welcher bitteren, todernsten Mienen Kanzlerin und Finanzminister dem tief verunsicherten Fernsehpublikum gegenüber traten? Wie Merkel und Steinbrück uns gewissermaßen per TV in die Hand versprochen, die nunmehr unvermeidliche Regulierung der Banken und die Kontrolle aller Finanzdienstleistungen unverzüglich in die Wege zu leiten?

Mittlerweile ist wieder mehr als ein Jahr verstrichen. Frau Merkel wurde – ohne erkennbare Wahlaussage – wieder gewählt, doch außer heißer Luft war nichts. Und um mehr als heiße Luft handelt es sich auch bei der angekündigten Bankenabgabe nicht, die jetzt im Kabinett in ihren Grundzügen beschlossen wurde. Das beweist schon die Größenordnung.

Ganze 1,3 Milliarden Euro sollen reichen, um die „künftige Haftung des Steuerzahlers zu begrenzen.“ Wie lächerlich gering diese Rücklage ist, zeigt der Vergleich mit den Riesensummen, die 2008 vom Steuerzahler bereitgestellt werden mussten, um den unmittelbaren Zusammenbruch von Finanzwirtschaft und Industrie abzuwenden. Erinnern Sie sich? Allein die Rettung der Hypo-Real verschlang über 100 Milliarden Euro. Insgesamt wurde die unvorstellbare Summe von 500 Milliarden Euro an die Banken ausgegeben, um den Total-Crash noch einmal zu verhindern. Vorerst.

Die Regierung Merkel weiß also, dass mit solchen „Peanuts“ nichts bewirkt werden kann, wenn Banken und Unternehmen in die Krise taumeln. Warum dann dieses Manöver?

Die Mehrheit von Schwarz-Gelb bei den NRW-Wahlen Ende Mai steht auf der Kippe. Dem Wähler muss dringend Aktivität vor gegaukelt werden. Aber statt die längst wieder aktiven Zocker an die Leine zu legen, die Spekulation zu besteuern und den Handel mit Schwindelpapieren zu verbieten, verpasst ihnen diese Regierung ein Sicherheitspolster gegen den absehbar nächsten Absturz. Das werden die Herrschaften mit Sicherheit zu würdigen wissen, – als Lizenz zum Weiterzocken.

Zitiert:

„Die Macht des Systems ist ungebrochen. Nichts von Substanz ist bisher geschehen, um eine Wiederholung des Finanz-Crash zu vermeiden. Bisher ist keines der riskanten Finanzinstrumente verboten, es gibt noch immer Kreditverbriefungen und spekulative Versicherungsscheine.“ ...

„Die ungezügelter Gier lebt und das System ist bereits wieder hungrig“, so Voscherau. Doch „eine Volkswirtschaft, in der mit Spekulation wesentlich mehr Geld verdient wird als mit harter Arbeit, fährt gegen die Wand“.

BASF-Aufsichtsratschef Eggert Voscherau in einer Krisen-Debatte mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.



Volker Pispers, Kabarettist.

„Was 40 Jahre DDR nicht geschafft haben...“

Bis zu 80 % der Deutschen hätten laut Emnid-Umfrage kein Problem damit in einem sozialistischen Staat zu leben, wenn für Arbeit, Sicherheit und Solidarität gesorgt wäre.

Was 40 Jahre DDR-Propaganda nicht geschafft haben ist den superschlauen, top-geschulten Managern und Bankern in den letzten 2 Jahren gelungen: Verglichen mit dem, was die berühmten kleinen Leute an Ängsten und Nöten im Kapitalismus auszuhalten haben, erscheint ihnen der Sozialismus als das kleinere Übel.

Es wird die Westerwelles dieser Welt rasend machen. Und allein das ist die Umfrage schon wert. Mahnt doch unser Vize-Kanns-Nich unverdrossen vor den grausamen Lebensbedingungen in der sozialistischen Misswirtschaft. Aber erzählen sie mal einem Steuerzahler, der hunderte Milliarden von Euro für die Rettung maroder Banken berappen darf, nur um mit anzusehen wie die offensichtlich geisteskranken Banker munter so weitermachen wie vorher,- erzählen sie so einem Steuerzahler mal etwas von sozialistischer Misswirtschaft!

Selbst die cleverste aller Verleumdungen, den Sozialismus grundsätzlich mit Diktatur gleich zu setzen, scheint nicht mehr zu wirken. Immer mehr sozial Benachteiligte begreifen, dass reisen dürfen nicht reisen können bedeutet. Und dass die Freiheit im Westen darin besteht, vom Arbeitgeber jederzeit „frei“-gesetzt werden zu können.

Und wenn laut der gleichen Emnid-Umfrage 12% der Deutschen sofort bereit wären, für 5000 Euro ihre Stimme jeder beliebigen Partei zu verkaufen, heißt das nicht unbedingt, dass diese Menschen keine Demokratie wollen.

Es kann auch heißen, dass der eine oder andere nach 12 Jahren sozialliberaler Koalition unter Brand oder Schmidt, 16 Jahren Schwarz-Gelb unter Kohl, 7 Jahren Rot-Grün unter Schröder und 4 Jahren Großer Koalition unter Merkel gemerkt hat, dass sich für ihn persönlich nichts ändert, egal in welcher Konstellation die ihm angebotenen Parteien koalieren.“



IMPRESSUM und Kontakt

Eimsbüttler Rot –
Zeitung der DKP-Gruppe Hamburg-West
V.i.S.d.P.: Oskar Mathießen, Lindenallee 72,
20259 Hamburg, Telefon 040 / 480 4900

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ

**Che würde
UZ lesen!**

Jetzt 10 Wochen testen!

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Geburtsjahr _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CominPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Afghanistan

Für uns sind sie nicht gestorben!

Während die Besatzer in Afghanistan immer mehr die Kontrolle verlieren und die Atommacht Pakistan von Tag zu Tag weiter in den Strudel des Krieges gerät, wird der Tod von drei Deutschen in einem Krieg mit zehntausenden Toten als besonderes öffentliches Ereignis begangen.

Und an großen Worten fehlt es nicht:

„Deutschland wird am Hindukush verteidigt“ (Struck/SPD) oder „sie starben für unsere Sicherheit“ (Merkel auf der Trauerfeier).

Aber diese Soldaten sind weder für weniger Terror in der Welt gestorben noch für Frauenrechte in Afghanistan, wie es die grünen Kriegsbefürworter sehen möchten. Der deutsche Einsatz dient allein der USA und dem mit der EU gemeinsam betriebenen „Rohstoff-Imperialismus“. Dies wird von der großen Mehrheit der Deutschen nicht unterstützt.

Jetzt den Eindruck vermitteln zu wollen, dass die Bundeswehrsoldaten für diese breite Mehrheit im Krieg stehen und auch für sie getötet würden, verdreht darum die Realität. Mehr noch:

Diejenigen, die die Schuld am Tod der deutschen Soldaten tragen und die es bisher nicht fertig gebracht haben, sich bei den Hinterbliebenen des Massakers von Kundus zu entschuldigen, versuchen Kapital aus dem Tod der Soldaten zu schlagen. Sie wollen auf diese Weise die Akzeptanz für die Fortsetzung des Krieges erlangen.

Wohl jeder kann das Leid der Angehörigen und Freunde nachvollziehen, doch die Inszenierung ihrer Trauerfeier durch die Regierung Merkel und die große Kriegsfraktion der Abgeordneten als Heldenverehrung ist reine Kriegspropaganda.

Die Trauer der Verwandten und Freunde der Getöteten wird missbraucht.

Dieser Krieg ist ein Verbrechen und der Tod dieser Soldaten nur ein Argument mehr für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Rudi Christian



BRANDENBURGER TOR, 5. JUNI 1999

Termine:

1.Mai-Demonstration des DGB

Gute Arbeit
Gerechte Löhne
Starker Sozialstaat

Sonnabend, den 1.Mai 2010

11.00 Uhr Besenbinderhof,
vor dem Gewerkschaftshaus

13.00 Uhr Kundgebung Museum der Arbeit
U-/S-Bhf Barmbek

Gruppenabend der DKP HH-West:

Kuba

Rechtsstaat oder Diktatur?

Montag, den 17.05.10
ab 19.00 Uhr im DKP-Zentrum Lindenallee 72

Marxistischer Bildungsabend der Gruppe HH-West:

Arbeiterklasse heute –

gibt es sie noch?
Wie sieht sie heute aus?
Welche Bedeutung hat sie?

Montag, den 03.05.
ab 19.00 Uhr im DKP-Zentrum Lindenallee 72